

*„Diese sich links nennende Partei ist in Wahrheit alles mögliche:
Sie ist populistisch, sie ist rückwärts gewandt,
sie ist in großen Teilen vorgestrig.
Eines ist sie aber mit Sicherheit nicht:
Diese Partei ist alles, aber nicht links.“*
Matthias Platzeck (SPD-Ministerpräsident in Brandenburg)

Wir stellen fest:

- Die Linkspartei ist im Westen der Republik eine reine Protestpartei – zu Regierungsverantwortung unwillig und unfähig. Ihre Politik ist nicht links, sondern populistisch und rückwärts gewandt.
- Mit einem unklaren Verhältnis der SPD zur Linkspartei droht uns, mehr Wählerinnen und Wähler in der Mitte zu verlieren als sie am Rand hinzuzugewinnen.

Wir fordern:

- Glaubwürdigkeit: Was vor einer Wahl galt, muss auch danach gelten.
- Keine Zusammenarbeit mit der Linkspartei im Bund, da grundsätzliche Positionen nicht vereinbar sind.
- Der Beschluss des Parteivorstandes gilt in Hinblick auf die Länder, doch wir fordern, dass er auch umgesetzt wird.
- Die SPD muss offensiv für ihre Positionen kämpfen und der Linkspartei die Maske der sozialen Gerechtigkeit vom Gesicht reißen.
- Die SPD muss weiterhin den Anspruch haben, linke Volkspartei zu bleiben: Sozialdemokratische Politik muss eine breite Wählerschaft ansprechen.

Falsche Strategie mit verheerenden Folgen!

Die Linkspartei ist seit 2007 in vier West-Parlamente eingezogen (Bremen, Hessen, Hamburg und Niedersachsen). Damit ist es ihnen gelungen, auch im Westen parlamentarisch Fuß zu fassen und sich durch die nun zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Mittel die Parteistruktur im Westen aufzubauen und zu verstetigen. Dies kann die deutsche Sozialdemokratie nicht kalt lassen. Die Linkspartei wurde als Protestpartei gewählt, fühlt und verhält sich auch so. Dies ist auch der wesentliche Unterschied zu den Grünen Anfang der 80er Jahre, die mit dem Thema „Ökologie“ einen neuen Politikpfad besetzten. Die soziale Frage ist nicht neu, ebenso wenig wie die Antworten der Linkspartei. Daher muss die SPD auch weiterhin das Ziel verfolgen, die Linkspartei aus den Parlamenten zu verdrängen.

Die Bundestagswahl können wir nur gewinnen, wenn wir glaubwürdig und verlässlich sind und die ganze Breite der Wählerschaft erreichen. Wir dürfen uns daher nicht vor die Alternative stellen, ob wir am „linken Rand“ oder in der „Mitte“ Wählerinnen und Wähler ansprechen wollen. Wir brauchen einen Politikentwurf der die ganze Bandbreite trägt, diesen haben wir mit dem Hamburger Programm. Weder in der babylonischen Gefangenschaft der Union noch der Linkspartei haben wir eine nutzbare Machtperspektive zur Bundestagswahl 2009. Wir müssen also auch im Sinne einer Ampel koalitionsfähig werden.

Statt über Koalitionsfragen Stellvertreterdebatten zu führen, müssen wir die inhaltliche Auseinandersetzung mit allen politischen Mitbewerbern führen. Strategiewechsel zwischen Tür und Angel machen dies unmöglich.

Die Bilanz 18 Jahre nach der Wiedervereinigung zeigt, dass eine Tabuisierung der Partei die sich „die Linke“ nennt, dieser nur hilft. Sie lebt im Westen von ihrem Renegaten-Status. Im Osten lebt sie von ihrem Kümmererstatus und ihrem Vertretungsanspruch für Ostdeutschland. Das ehemalige SED-Vermögen hat sie auch organisatorisch stark gemacht.

Es ist die ureigenste Aufgabe der SPD, die politischen Grundlagen für eine linke Mehrheit in Deutschland zu bestimmen. Wir können uns nicht von der Linkspartei die Bedingungen diktieren lassen. Betrachten wir die Politik der Linkspartei kommen wir derzeit unausweichlich zu dem Schluss, dass eine wie immer geartete Zusammenarbeit nicht möglich ist.

Fundamentale Gegensätze zwischen SPD und der Linkspartei!

Die SPD kann mit Stolz auf eine inzwischen über 140-jährige Geschichte zurückblicken. Wir sind stolz auf unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Seit je her arbeiten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auf allen politischen Ebenen unter sich ständig verändernden Rahmenbedingungen für soziale Gerechtigkeit und eine menschlichere Gesellschaft und somit dafür, dass es den Menschen in ihrem täglichen Leben ein Stück weit besser geht. Wir nehmen Realität wahr, um sie zu verändern.

Die Linkspartei verweigert sich hingegen den Realitäten und postuliert längst vergangene Zeiten. Der Geist der Diktatur ist dort immer noch lebendig. Die Elitenkontinuität ehemaliger hochrangiger Funktionsträger der „roten Diktatur“ ist heute noch in der selbst ernannten Linken als Nachfolgepartei der SED vor allem in Ostdeutschland gegeben. Ehemalige Mitglieder der DKP und trotzkistischer Kleingruppe stellen die Funktionsbasis dieser Partei in Westdeutschland und sitzen sogar mittlerweile in Landtagen. Vielfach ist die Vorstellung vorherrschend, die DDR wäre ohne Mauer und Stacheldraht doch ein ganz gutes Gesellschaftsmodell gewesen. Verkannt wird, dass der Mauerbau nicht Ursache, sondern Ergebnis des Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der DDR war.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten standen schon immer für Emanzipation, für eine durchlässige Gesellschaft, für Chancengleichheit und Bildungschancen als Kern unseres Sozialstaatsmodells. Die SPD will Wohlstand für die breite Bevölkerung. Schon immer wussten wir, dass dafür wirtschaftliches Wachstum notwendig ist. Dazu bedarf es eines handlungsfähigen Staates, der Leistungsanreize setzt, klare Regeln schafft und private Initiative fördert. Dagegen setzt die Linkspartei allein auf die Umverteilung von Geld, Staatsdirigismus und Neid.

Die deutsche Sozialdemokratie hat immer ausgezeichnet, dass sie aus Erfahrungen lernt und in ihren Inhalten auf der Höhe der Zeit ist. Die Politik der SPD basierte schon immer auf dem

Grundgedanken der internationalen Solidarität. Dem gegenüber lebt die Linkspartei im Glauben an eine Rückkehr in den nationalen Protektionismus und die Abschaffung der Globalisierung. Dabei scheut sie sich auch nicht, nationalistische Vorteile zu schüren. Zentrale Veränderungen der Gesellschaft und der Aufgaben der Politik werden von der Linkspartei negiert. Vielmehr setzt sie auf die – menschlich verständliche – Vorstellung einer ehemals heilen Welt und gaukelt die Möglichkeit einer Rückkehr dort hin den Menschen vor. Diesen Sehnsüchten müssen wir den Gegenentwurf einer kraftvollen Zukunftsvision entgegen stellen.

Während die SPD unter Aufbietung all ihrer Kraft in den sieben Rot-Grünen Jahren und in der Großen Koalition diese Probleme angepackt hat und eine umfassende ökonomische, soziale, ökologische und gesellschaftspolitische Erneuerung unseres Landes herbeigeführt hat, bietet die Linkspartei heute die Konzepte an, mit denen die zumindest weitgehend überwunden geglaubten strukturellen Probleme geradezu erneut heraufbeschworen würden.

Unsere Antwort: Eine sozialdemokratische Vision für die solidarische Mehrheit

Unser Geschichtsbewusstsein ist davon geprägt, dass die SPD seit über 140 Jahren für die Verwirklichung der Menschenrechte und Unteilbarkeit von Freiheit und Demokratie steht. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist und bleibt die Grundlage allen politischen Handelns.

Bereits mit dem Godesberger Programm und spätestens unter Willy Brandt hatte die SPD immer auch den Anspruch die Partei der gesellschaftlichen Mitte und des sozialen Aufstiegs zu sein. Seit dem Wahlsieg von Gerhard Schröder im Jahr 1998 binden die Kernpositionen der SPD die Vorstellungen der gesellschaftlichen Mitte ein. In den vergangenen Monaten entstand verstärkt der Eindruck, dass die SPD der gesellschaftlichen Mitte den Rücken zukehrt und diese den Mitbewerbern Union, FDP und Grünen überlässt.

Der Anspruch die gesellschaftliche Mitte zu gewinnen ist Teil des Anspruchs, die linke Volkspartei in Deutschland zu sein. Das bedeutet: Die SPD muss eine breite Wählerschaft erreichen und für ihre Politik gewinnen. Notwendig ist daher eine sozialdemokratische Vision, die gleichermaßen den Bedürfnissen der Schwachen und der Tüchtigen in unserer Gesellschaft Rechnung trägt und offene Gräben in unserer Gesellschaft durch eine neue soziale Übereinkunft überwindet.

Das Leitbild des Vorsorgenden Sozialstaats ergänzt die Reformen der Agenda 2010 um die notwendige Agenda für Gerechtigkeit und wurde mit dem Hamburger Programm beschlossen. Wir werden diese Botschaften des Hamburger Parteitags auch offensiv vertreten und erwarten dies von allen Repräsentanten der SPD. Wir wollen kein ängstliches Zurückweichen vor der so genannten „Linken“.

Eine selbstbewusste Sozialdemokratie wird den Teufel tun, wegen vermeintlicher Gemeinsamkeiten mit der Linkspartei eine „Deutungshoheit“ dieser Partei auf dem Feld der „sozialen Gerechtigkeit“ zuzulassen. Die Sozialdemokratie muss aus der Defensive in die Offensive wechseln: Es geht um die klare Absage an Konzepte, die lediglich sozial scheinen, aber weniger Gerechtigkeit bewirken.